

HANSGÜNTER MEYER

Die Krise im Hochschulwesen als Gegenstand wissenschafts- soziologischer Untersuchungen

Einleitendes zum Begriff der Krise

An deutschen Universitäten und Hochschulen ist unzweifelhaft und seit langem soviel im Argen, in Unordnung, verfahren, reformbedürftig, neuzuordnen, abzuschaffen etc., daß man schon vorab sagen kann, sie sind irgendwie krank oder defekt oder stecken in einer Malaise und bedürfen sehr tiefreichender heilender oder bessernder Prozeduren.

Wer in der Pflicht ist, Anlaß hat oder publizistische Gelegenheit – je nach Befinden –, über die Daseinsprobleme deutscher Universitäten und Hochschulen zu sprechen, wer dies über Jahre tut oder tun muß, macht dabei die Erfahrung, mit etwa immer den gleichen Problemen, auf etwa immer dem gleichen Niveau ihrer Verschärfung oder Auflösung, konfrontiert zu sein.¹

Man denkt unwillkürlich an jene Stelle im Faust, wo Goethe den Mephisto resigniert sagen läßt: »Es schleppen sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort, vererben von Geschlecht sich zu Geschlechtern und wandern sacht von Ort zu Ort. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage, weh dir, daß du ein Enkel bist ... ».

Offensichtlich kommt man um die sich aufdrängende Erkenntnis nicht herum: Daß ein gewisser Zustand von Morbidität eine dauerhafte Einrichtung werden kann, ohne zu irgend etwas Dramatischem zu führen – nicht zu Kollapsen, Parkinsonschen Funktionsausfällen oder anderen Scheußlichkeiten –, sondern sogar in der Lage ist, Verhältnisse hervorzubringen, die Produktion und Wirkung möglich machen, ja, den Beteiligten zum Schluß lieb und teuer werden können. Wolf-Dieter Narr hat das Überlebensgesetz deutscher Hochschulen einmal so ausgedrückt, daß sie durch eine asketische Leistungsekstase ihrer wissenschaftlichen Akteure prosperieren – ihrer Akteure, die es längst hinter sich gebracht haben, diesen pathogenen Zustand unerträglich zu finden und im Gegenteil daraus sogar ein hohes Maß an elitärem, exklusivem Selbstbewußtsein schöpfen, das sie stolz sein läßt. Man könnte versucht sein, dieses Phänomen mit den bekannten Lebensumständen so manchen Genies in Zusammenhang zu bringen, die darin bestehen, daß ein gewisses Maß von Leiden und Gebrechlichkeit durchaus verträglich ist mit hocheffizienter Kreativität – wenn es nicht gar, wie Thomas Mann in seiner Geschichte des Tonschöpfers Adrian Leverkühn meint, unter Umständen eine *conditio sine qua non* des ganzen Geniebetriebes sei. Jetzt auch noch auf den hier naheliegenden Nietzsche einzugehen, entsage ich mir entschieden. Wohl

Hansgünter Meyer – Jg. 1929, Prof. em. Dr. habil., Soziologe. Studium der Gesellschaftswissenschaften und Philosophie Leipzig und Greifswald 1955-64; seit 1965 an Instituten der Akademie der Wissenschaften (DAW) Berlin. Industriesoziologische und Sozialstruktur-Untersuchungen. Seit 1975 auch Wissenschaftssoziologie. Dazu Forschungsberichte und Veröffentlichungen, u.a.: Zum Kaderpotential der Wissenschaft in der DDR und in RGW-Ländern: 10 Bd. AdW-Studien. Mitbegründer und Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland. Mitbegründer und – bis 1992 – Mitherausgeber des Berliner Journals für Soziologie. 1992-1995 Mitarbeit am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Als Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. u.a. Herausgeber einer wiss.-soz. Schriftenreihe.

1 Der Autor hat folgende umfangreichere Untersuchungen zu diesem Thema vorgelegt:

1. Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland – Szenarien-Friktionen-Optionen-Statistik; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung »WZB-Paper« P 93-402, 1993.

2. Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung »WZB-Paper« P 95 - 401, 1995.

(Vgl. auch: Angleichung und Defizite der deutsch-deutschen Hochschulrenewierung, in: UTOPIE kreativ, Heft 35/36, Sept./Okt. 1993, S. 9-30).

3. Widerspruchsvolle Neugestaltung der Hochschullandschaft in Ostdeutschland. Situation, Probleme, Perspektiven. In: Gerd Grözinger/ Erich Hödl: Hochschulen im Niedergang? Zur Politischen Ökonomie von Lehre und Forschung, Metropolis Verlag Marburg 1994. Protokollband zu einer Tagung in der ev. Akademie Bad Boll.

4. Hochschule – Perspektive 2000 – Abwicklung und Gründungsfieber 1991-1994 – Hochschul-Institutionentransfer – gesamtdeutsche Systemfusion der Defizite – und danach? In: Schriften des Collegium Polonicum der Universität Frankfurt/ Oder – Viadrina. In Druck.

2 Antinomie als Konzept: In den obengenannten und anderen Schriften des Autors: Wesensbestimmung, »innere« Charakterisierung einer Erscheinung, der mit gleicher objektiv-empirischer Berechtigung eine entgegengesetzte Bestimmung vorgehalten werden kann.

aber ist ohne jeden Sarkasmus festzuhalten, daß man die Lage an den deutschen Hochschulen doppelt, antinomisch, wahrnehmen kann: unter dem Aspekt ihrer Fehlentwicklungen und als Standorte fortdauernder exzellenter Leistungen in Forschung und Lehre und bei der Herausbildung hochbefähigten Nachwuchses. Wie sich da zurechtfinden?²

Nachdem nun schon angeklungen ist, daß wir uns bei diesem Thema mit mehr oder weniger paradoxen Wahrnehmungen herum-schlagen werden, soll noch dies ergänzt sein: Mit ihren fast 400.000 Beschäftigten auf etwa 250 Standorten, bei 1,8 Mio Studenten, ganz abgesehen von den nationalen und globalen Verflechtungen und der enormen wirtschaftlichen und geistigen Infrastruktur, die ihnen zuzuordnen ist – denken wir nur daran, daß das ganze höhere bzw. gymnasiale Schulwesen damit zusammenhängt –, sind die deutschen Hochschulen ein derart gewaltiges, komplexes Konglomerat wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Zustände der deutschen Gesellschaft, daß es sich fast verbietet, über sie wie über eine einzelne Korporation in toto zu sprechen. Schlechthin kommt – im Guten wie im Bösen – alles vor, was sich überhaupt denken läßt.

So kann man sich nur mit einigen Thesen über einige besonders gravierende Zusammenhänge äußern und dabei nicht mehr erreichen, als einige Problemlagen abzustecken – weit entfernt davon, etwas lösen oder definitiv verifizieren zu wollen.

Und auch dies noch: Diese Einleitung, wenn auch in einem komprimierenden essayistischen Duktus gehalten, realisiert, ehe überhaupt etwas Faktologisches zur Sprache kommt, schon ein Stück Problembeschreibung und soll Voraussetzungen angeben, die, von Hochschulen handelnd, niemals vernachlässigt werden dürfen.

Exkurs: Methodologisches zum Begriff der Krise

Wir kommen nun in einem ganz anderen Kontext zu der Frage, wie sich Anomalien und Paradoxa – einige wurden schon ausgeführt – ganz rational erörtern lassen, ohne daß wir den Begriff des Morbiden oder andere pathogene Semantiken brauchen müßten.

Insofern Anormalität und Disfunktionen in komplizierten Systemen unvermeidlich sind, ja, die Fähigkeit zur Eliminierung solcher Regelabweichungen sogar ein wesentliches Kriterium der Funktionstüchtigkeit komplizierter Systeme darstellt, ist es nicht ganz unproblematisch, die Störungen im Funktionsablauf eines Systems als »Krise« zu bezeichnen.

Es muß heute nicht breit ausgeführt werden, daß dynamische Systeme sich in einem Fließgleichgewicht befinden – mit einem gewissen oszillierenden Auf und Ab der Stabilität versprechenden Parameter –; noch mehr: Seit der Entdeckung der nichtlinearen Systeme und der Negentropie ist es üblich geworden, von dynamischen Systemen zu sprechen, die sich fernab vom Gleichgewicht befinden und gerade aus dieser höchst ungewissen Situation diejenigen Energiepotentiale gewinnen, die die Evolution in Gang halten, das Fortschreiten also zu Zuständen mit höherer synergetischer Effizienz ihres systemischen Ressourcenhaushaltes führt. Wenn man in diesen Denkmustern verharrt, dann könnte Krise als

eine (definierte Parameter) überschreitende Nichtentsprechung bestimmter abhängiger Systembereiche untereinander oder – allgemeiner – von System und Umwelt erklärt werden. Indes ist es zugleich eben das Wesen dynamischer, deterministischer Systeme, Umweltredundanz zu verringern: Nicht mit dem Ergebnis, sie auf das Maß Null zu bringen, sondern approximativ gegen niedrigere Parameter strebende Zustände zu gewinnen, ohne dabei ein stabiles Gleichgewicht jemals zu erreichen. Niklas Luhmann hat Entscheidendes zur Aufhellung jener Vorgänge beigetragen, daß in dieser Auseinandersetzung System gegen Umwelt – oder gegen ein konfluierendes System von Systemen – Systeme nie das bleiben, was sie waren, sondern im Prozeß einer Ausdifferenzierung von neuen Systemzusammenhängen jene notwendige systemische Diversifikation und Elastik hervorbringen, die schließlich den Gesamtzusammenhang so verändern, daß völlig neue Ordnungszustände entstehen und damit auch neue Stabilitätsbedingungen und Effizienzkriterien.³ Der gegen den vorherrschenden Struktur-Funktionalismus der sechziger Jahre heute noch gültige Vorwurf kann daher nicht sein, daß etwa die Auflösung komplizierter Zusammenhänge in Struktur und Funktion falsch gewesen sei, sondern daß man sich dabei in unzulässiger Vereinfachung einen zu erreichenden optimalen Zustand vorstellte – einen Status quo, der auf unbestimmte Zeit im voraus eine befriedigende Ordnung der Dinge garantiere.

Wir werden dennoch zu urteilen haben, ob es sich nun nicht um eine Krise des Hochschulsystems, sondern um eine ganz normale, wenn auch sehr turbulente Systemdynamik fernab vom Gleichgewicht handelt.

Man urteile nun nicht voreilig, eine solche Abstraktion sei wohlfeil, gehe aber stracks am Problem der Krise der deutschen Universitäten vorbei, deren Wesen kaum mit solch glatten und von den empirischen Durchsetzungen abgehobenen Theoremen beschreibbar sei. Vielmehr, sei einzuwenden, handle es sich hier eher um einen Komplex platter Fehlleistungen oder Fehlentwicklungen der einen und der anderen Art, der am besten darstellbar ist, wenn man die gegenseitigen Schuldzuweisungen auflistet: die der Wissenschaft an die Politik, sie verkenne die künftig wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung, und die der Politik an die Wissenschaft, sie sei unzureichend vorbereitet auf die veränderten globalen Bedingungen und unfähig, auf die neuen Bedürfnisse des Standortes durch Anpassungsleistungen zu reagieren.

Bevor wir uns einer solchen Ebene der Betrachtung zuwenden, wollen wir den systemtheoretischen Aspekt zunächst dahingehend verwerten, daß eben hinter den gegenseitigen Schuldzuweisungen konfluierender Akteursgruppen jene Divergenz steht, die wir eingangs knapp umrissen. Die vorherrschende Hochschulpolitik argumentiert etwa so: Es handle sich gerade deshalb nicht um eine Krise der deutschen Universitäten und Hochschulen, weil sich gravierende Anpassungsprozesse vollziehen, in denen sich die endogenen Kräfte – die Vitalität deutscher Wissenschaft und Forschung – zu beweisen haben, dies aber durch nicht selbstverschuldete Blockaden nicht ausführen können. Daß sie also einer globalen

Der bloß empirische Ansatz, dem jedoch eine begrenzte Zuständigkeit eigen ist, unterstellt, daß der Nachweis der Entgegensetzung die vorherige Behauptung falsifiziert. Kant, später auch Hegel, erkannten die Möglichkeit, daß über empirische Gegenstände Entgegengesetztes verifiziert werden kann. Immanuel Kant: »Widerstreit der Gesetze = Antinomie« ... »Die Antithetik beschäftigt sich also gar nicht mit einseitigen Behauptungen, sondern betrachtet allgemeine Erkenntnisse der Vernunft nur nach dem Widerstreite derselben ... Wenn wir unsere Vernunft nicht bloß, zum Gebrauch der Verstandesgrundsätze, auf Gegenstände der Erfahrung verwenden ... so entspringen (erhalten wir – H.M.) vernünftige Lehrsätze, die in der Erfahrung weder Bestätigung, noch Widerlegung fürchten dürfen, und deren jeder ... an sich selbst ohne Widerspruch ist ... nur daß unglücklicherweise der Gegensatz ebenso gültige und notwendige Gründe der Behauptung auf seiner Seite hat.« Kritik der reinen Vernunft, Königsberg 1781. Zit. nach Raymund Schmidt, Hrsg.: I. Kant: Kritik der reinen Vernunft, Verlag Felix Meiner Leipzig 1944, S. 449.

3 Angeführt nach: Niclas Luhmann: Soziologische Aufklärung, Köln/Opladen 1971, S. 75.

Herausforderung und den umstürzenden Bedingungen des Standortes durch endogene Impulse durchaus gerecht zu werden vermögen, daß die systemischen Anpassungen im Kräftevermögen der deutschen Hochschulen angelegt sind und sie »nur« dazu kommen müßten, ihre Kräfte freizusetzen und richtig zu strukturieren – was sie leisten könnten, wenn denn nur ein stärker hierarchisches Regime, extreme Mitteleinschränkungen und marktwirtschaftliche Effizienz Einzug hielten.

Wir wollen hier, dem widersprechend, geltend machen: Der Krise der Hochschulen liegt ein Zwang zum Systemwandel zugrunde, d.h., sie ist eine Krise nicht wegen systemischer Umstürze, sondern eine solche, die sich aus den politischen Interessengegensätzen ergibt, wie denn nun dieser Wandel zu vollziehen sei, und aus den Folgen, die das hat. Es ist die Krise der liberal-konservativen Politik, die in der Bundesrepublik seit der 1982er Wende herrscht und der es nicht gelungen ist – wie Staatssekretär de Maizière aus Schwerin treffend sagte –, »in sechs Jahren eine schlüssige Hochschulpolitik zuwege zu bringen«.⁴ Er hätte allerdings sagen müssen: in 15 Jahren. Es ist ein Teilaspekt der Krise des politischen Systems, das sich querstellt zu den modernen Produktivkräften der Zeit und ihnen entsprechenden modernen Gesellschaftszuständen.

Wir werden indes die größten Mühen haben, hier einen theoretischen Zugang zum Problem der Hochschulen und ihrer Krisen zu finden und ihn sogleich produktiv zu nutzen.

Der ganze Diskurs, der seit Jahrzehnten das Thema Hochschulen bemüht, ist fast überall theorielos. Es gibt Ausnahmen. Aus dem Gründungskonzept ihres Kölner MPG-Institutes hat Renate Mayntz eine theoretische Option in die Zeit nach der Wende mit eingebracht, als sie sich anschickte, den Umbau der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft zu erforschen und zu beschreiben. Die dabei entstandene Literatur, außer von ihr beigetragen auch von Uwe Schimank, Hans-Willy Hohn, Hans-Georg Wolf, Jochen Gläser u.a., kann hier nicht, wie wünschenswert, berücksichtigt werden. Sie ist sehr instruktiv abgehandelt bei H.-G. Wolf (1996).⁵ Uns muß der Hinweis genügen, daß Wissenschaft als Institutionen-Ensemble gefaßt wird und ihre Bewegungen und Entwicklungen als Akteursverhalten der Mitarbeiter und Führungskräfte, vorzüglich letzterer. Die sich verändernden Umweltkonstellationen zwingen die Institutionen zu Strukturanpassungen. Sind Akteure und ihre Umwelt bestimmbar, sind ihre Entscheidungen und das Verfolgen von Entwicklungswegen empirisch zu beschreiben, dann kann man theoretisch basierte Typologien schaffen, die Institutionen, Akteure und Veränderungs-(Bewegungs)modi bei diesem Anpassungsprozeß charakterisieren, der als Synthese von Steuerung und Selbstorganisation verläuft. Das Theoretisieren besteht darin, daß eine Konnexion hergestellt wird von Verhaltensmodi der Akteure in Abhängigkeit von Umweltkonstellationen und bei Berücksichtigung der Charakteristika der Institutionen: akteurszentrierter Institutionalismus (Mayntz, s.u.). Einbezogen werden dabei u.a. auch systemtheoretische und spieltheoretische Ansätze. Der ungeheure Formenreichtum, der dafür in der Wirklichkeit angetroffen wird, führt zu einer Unzahl von theoretischen Konzeptionen, die man in

4 Zitiert in: Rostocker
Universitätszeitung 1/1997
(3. Febr.), S. 3.

5 Hans-Georg Wolf: Orga-
nisationsschicksale im deut-
schen Vereinigungsprozeß.
Die Entwicklungswege der
Institute der Akademie der
Wissenschaften der DDR.
Frankfurt – New York: Cam-
pus 1996. Wolf bezieht sein
organisationssoziologisches
Transformationsmodell auf
die Problematik der Umwand-
lung bzw. Auflösung der Insti-
tute der AdW der DDR, die
nach seiner Ansicht gescheitert
sind, weil sie die Anpas-
sung an eine veränderte
Umwelt nicht vollziehen
konnten. Über weite Strecken
rezipiert er dabei das theore-
tisch-methodische Konzept
des »aktorszentrierten
Institutionalismus«.

Fülle zumeist in der US-amerikanischen organisationssoziologischen Literatur, aber, dort ausgiebig zitiert, auch in den o.g. Schriften der Renate-Mayntz-Schule finden kann.

Das Ergebnis ist zweifellos eine jeweils anspruchsvolle, systematisch-stringente, umfassende und sorgfältige Deskription der Wissenschaft entwickelnden und umgestaltenden Prozeduren, in dem von Renate Mayntz geprägten Stil brillant ausgeführt. Aber es ist zugleich auch der Verzicht auf eine makrosoziale Ursachen-Folge-Analyse und der Verzicht auf wertende Aussagen zu Grundrichtungen der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung bzw. ihrer gesellschaftlich-politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen. Gewertet wird die Fähigkeit der Organisationen/Institutionen/Akteure, sich an die veränderte Umwelt strukturell anzupassen – diese aber ist entweder sakrosankt oder steht für eine Bewertung nicht zur Verfügung; der Leser mag sich das Beste dabei denken. Würde man dieses Konzept auf unser Thema – die Krise der deutschen Hochschulen – anwenden, so ständen sicherlich drei Anpassungszwänge für die Akteure auf dem Programm: Wie werden die Hochschulen den Forderungen nach bedeutend höherer Effizienz gerecht? Wie passen sie sich verringerten Ressourcen an? Wie genügen sie mehr und mehr marktwirtschaftlichen Kriterien?

In dem von Renate Mayntz herausgegebenen Buch »Aufbruch und Reform von oben«,⁶ das sich mit dem Anpassungsprozeß der ostdeutschen Hochschulen beschäftigt, läßt sie elf Autoren zu Wort kommen, die selbst Akteure des Umgestaltungsprozesses waren oder die diesen Prozeß aus intimer Kenntnis der Verhältnisse und detaillierter Forschung zuverlässig als Akteursverhalten beurteilen konnten. Sie selbst folgt ihrem Credo und stellt in den Mittelpunkt, in welchem Verhältnis sich endogene und externe Kräfte befanden bei dem nicht weiter zu hinterfragenden Prozeß der Übernahme der altdesdeutschen Hochschulverhältnisse im Osten. Nachdem die endogenen Erneuerungskräfte für die wenig effektive Nutzung eines Freiraumes von fast einem Jahr (!) sanft getadelt werden (ebenda S. 294), tritt dann des Pudels Kern der ganzen Umgestaltung ungeschönt zutage: Die Absegnung der von den Bürokratien der neuen Länderregierungen vorgenommenen »empfindlichen Beschneidung ihrer ... Autonomie« (ebenda S. 295) durch den Wissenschaftsrat, der einen »breiten Konsens« dahingehend erzielte, »daß eine übergangsweise Einschränkung der Hochschulautonomie notwendig sei, um die personelle Erneuerung zu gewährleisten« (ebenda). Wir werden weiter unten einige Resultate dieser doch ziemlich dubiosen Umgestaltungen durch Autonomie-Beschneidung kommentieren. Eine Hilfe allerdings für einen theoretischen Zugang zu den Problemen des Strukturmodells in deutschen Hochschulen konnten wir nicht ausmachen. Was den spezifischen Mayntz'schen Ansatz des »akteurszentrierten Institutionalismus« ausmacht, so besticht seine Präzision ebenso, wie die souveräne Vernachlässigung wichtiger gesellschaftlicher Verursachungszusammenhänge erstaunen läßt. Es ist sicher wichtig, bei diesem Typus von Forschung (korrekter wäre hier zu sagen: Recherche) und Ergebnisdarstellung zu wissen, daß es sich um einen methoden-zentrierten Ansatz handelt, dem übergreifende Kontexte

6 Vgl. Renate Mayntz: Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Campus Verlag Frankfurt / New York 1994.

oder Einbettungen wenig oder nichts bedeuten, wenn nur das angezielte Objekt befriedigend fokussiert und nach den vereinbarten Regeln präzise beschrieben ist. So bleibt uns hier und heute die Aufforderung an die Wissenschaftstheorie, post festum mit ihren vielfältigen theoretischen Mitteln der Analyse wirksam zu werden, denn wie immer die Dinge laufen, die Hochschulen werden sich verändern, es wird weiterhin Reformbedarf bestehen, und es wird unumgänglich sein, diesen enorm wichtigen, ja konstitutiven Sektor allen Wissenschaftsbetriebs mit einer angemessenen Erkenntnisleistung zu durchdringen.

Konzepte und Diskurse

Wir werden uns für den Gang dieser Darstellung methodisch darauf zurückziehen haben, den gegenwärtigen Diskurs und die faktischen oder absehbaren Handlungen der wissenschaftspolitischen Akteure auf ihre Konzeptualisierung hin zu untersuchen und selbst mit solchen eigenen Konzeptvorstellungen beizutragen, die zumindest dahingehend unumstritten sind, daß es sich um eine soziologische Sichtweise handelt, in der umgreifendes Gesellschaftsdenken und empirisches Wissen über das Innenleben der Hochschulen zusammenfließen. Dabei muß man nicht auf der Stufe Null anfangen, denn es sind eine Reihe bemerkenswerter Konzept-Publikationen bekannt geworden.⁷

Der Hochschuldiskurs – als eine immerhin greifbare, erörterungsfähige Realität des ganzen Syndroms von wirklichen Zuständen und deren ideeller Reflexion – ist relativ leicht zu strukturieren: a) in einen Diskussionsstrang, der seinen Ausgangspunkt hatte in der Akzeptanz des sozial-liberalen Konzeptes aus der Mitte der siebziger Jahre, das sich durch die prinzipielle Öffnung der Hochschulen (1977) und durch die (gesetzgeberische wie materielle) Unterstützung des Erwerbs von Hochschulbildung für alle, die es können und wollen, charakterisierte. Dieses sozial-liberale Konzept war untersetzt durch das Engagement der Bundes- und Länderhaushalte für das Wachstum der Hochschulpotentiale und gesetzgeberisch durch die Rechte der Hochschulen auf eigenständige Einwerbung von Drittmitteln – sowohl der vom Staat dafür bereitgestellten Ressourcen als auch solchen aus marktwirtschaftlichen Quellen. Und unter b) ist aufzuführen, wie sich diese Akzeptanz aufsplittert in kontroverse Erörterung der Phänomene und Ursachen des zunehmenden Scheiterns des sozial-liberalen Konzeptes durch die rezessive Haushaltspolitik der liberal-konservativen Kräfte sowie durch das Wegbrechen von F&E-Potentialen infolge wirtschaftlicher Engpässe wie struktureller Wandlungen großen Maßstabes (Globalisierung, Flucht in die spekulative Kapitalverwertung anstatt Erzeugung neuer materieller Produktivkräfte, Exportoffensive durch extensive Rationalisierung, Umstellungen im Humankapital durch den Zugriff auf Billiglohnkräfte).⁸ Ein Diskussionsstrang c) geht dahin, das von der liberal-sozialen Politik (bis 1982) verursachte Scheitern des umfassenden Prosperierens der Hochschulen und die dadurch ausgelösten Krisenphänomene in dem Sinne zu bewältigen, daß das davon abgehobene liberal-konservative Konzept hinsichtlich der Hochschulgestaltung

7 Torsten Bultmann:
Hochschule als gesellschaftliches Risiko. Hochschulpolitische Thesen des BDWi.
In: ebenda, S. S. 77-80.

8 Mit Hoffnung weckender Klarheit hat Prof. Dagmar Schipanski, die aus Ilmenau stammende neue Vorsitzende des Wissenschaftsrates, ausgeführt (Interview, Neues Deutschland, 10. Juni 1997):
» ... das Problem liegt darin,

zu Ende gedacht und in seinen Konsequenzen endlich praktisch und konsequent ausgeführt wird. Und ein weiterer Strang d) ist mit den Alternativen befaßt, die sich für die Fortsetzung des ursprünglich sozial-liberalen Ansatzes offener und prosperierender Hochschulen und der Ausweitung der Hochschulbildung für die heranwachsenden Jahrgänge Jugendlicher unter gänzlich veränderten Bedingungen erkennen lassen. Darin eingeflochten sind nun die alt-neuen Umstände, daß sich bedeutende Fehlentwicklungen ausgebreitet haben, während sich gleichzeitig die Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte immer mehr verengen, ganz unabhängig davon, wie Politiker die Rolle der Hochschulen in der künftigen Gesellschaft der Moderne einordnen und bewerten.

Zu Fixpunkten des liberal-konservativen Konzeptes

Das heutige liberal-konservative Konzept – das wir unter dem Diskussionsstrang c) anführten – geht nun dahin: Das Ziel ihrer Umgestaltung und Erneuerung müsse es sein, weniger Kapazität aufzuwenden, mehr Effektivität zu erzielen. Das Mittel: die Hochschulen als Standort und Existenzmittel einer wissenschaftlich-geistig-administrativen Elite.

Die Hochschulen müssen also zuvorderst schrumpfen – sowohl was die Anzahl der dort tätigen Mitarbeiter als auch was die Zahl der Studierenden betrifft. Alles in allem könnte man dabei wohl eine Halbierung oder Absenkung der Hochschulkapazitäten bis auf 40 Prozent getrost ins Auge fassen, ohne den Standort Deutschland als inländisches Funktionsorgan für die Globalisierung des deutschen Großkapitals im mindesten zu beschädigen. Denkt man.

Natürlich wird es nach der konzipierten und teilweise schon praktizierten Austrocknung ganzer Fachrichtungen an den Hochschulen, der Ausdünnung ihrer Personalbestände, der Teilerneuerung und inselbarmigen Modernisierung von Anlagen und Ausstattungen exzellente hohe Schulen und entsprechende Forschungsleistungen in Deutschland geben. Auch die Anzahl ihrer Studenten wird sich nicht gerade dezimieren, wenn sie sich auch beträchtlich verkleinern und sozial einschneidend umschichten wird.

Aber sicher ist, daß in wenigen Jahren Hochschulen und Wissenschaft nicht mehr das sein werden, was sie einmal waren und was zu sein wir alle für ganz unumstößlich hielten. Was die Masse ihrer Absolventen anlangt, so werden diese vor sehr engen Arbeitsmärkten stehen, denn Verringerung des Humankapitals, die Freisetzung lebendiger Arbeit, wird für alle Qualifikationsniveaus weitegehen und Größenordnungen erreichen, die uns vorzustellen wir kaum die richtige schwarze Phantasie haben.

Die Chancen, eine teure und in jeder Hinsicht aufwendige Hochschulbildung für den eigenen Wohlstand wirtschaftlich zu verwerten, werden zusammenschmelzen. Typisch werden sein befristete Anstellungen, niedrige Lohnniveaus, geringste Versicherungsleistungen. Langfristige Tätigkeit an einer wissenschaftlichen oder analogen Aufgabe oder langfristige Tätigkeit an F&E-Projekten werden Seltenheitswert bekommen. Die Arbeitsaufgaben werden schneller wechseln als die Kleidermode, gründliche Qualifizierungen werden sich nicht mehr lohnen, ohnehin werden sie durch die

daß sich die Bundesrepublik im Moment aufgrund einer Innovationsschwäche der Wirtschaft in einer Krisensituation befindet. Diese wäre auch ohne Wiedervereinigung aufgetreten ... «. Wir ergänzen hier diese Feststellung mit Angaben des Bundesbericht Forschung (BBF) 1996 zur Stagnation der F&E-Aktivitäten der deutschen Unternehmen. Zu beachten ist, daß es sich bei diesen Daten um Nominalwerte in DM handelt, die reduziert werden müssen um den Koeffizienten des Preisauftriebes seit 1991. Dabei läge dann der Wert von 1995 deutlich unter dem von 1991. Dieser Trend hat sich bis 1997 fortgesetzt. Die Stagnation und der Verfall von industriellen F&E-Potentialen sind handgreiflich. Die Zahlen im einzelnen: 1991 51,675 Mrd. DM, 1993 51,236 Mrd., 1994 51,190 Mrd. und 1995 52,120 Mrd. DM (Quelle BBF 96, S. 91).

Unmöglichkeit, sie zu praktizieren, ausgehöhlt werden und zerfallen. Der seit langem schon bekannte Typ des Wanderarbeiters – früher allerdings begrenzt auf unqualifizierte Saisonarbeiten – wird zum Normaltypus auch für Höchstqualifizierte werden. Mit dem Einkommen aus Wissenschaftstätigkeit eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen und eine Familie zu gründen, wird immer weniger Leuten gelingen. Es wird das eintreten, was man vor geraumer Zeit schon kannte (und für glücklich überwunden glaubte): Die eine oder andere wohlhabende Familie leistet sich einen Sproß, der zur Wissenschaftselite gehört und den sie zu eigener Reputation eventuell lebenslang alimentiert. Oder dessen persönliches Erbe ausreicht, einem solchen Spleen nachzugehen, wie es die Tätigkeit an der Universität unterhalb des Professorenstatus ist. Auch an unverheiratete Töchter ist zu denken, die nicht mehr Stiftsdamen werden, sondern zum Glanz der Familie mit Dokortitel und eigener Publikationsliste beitragen.

Mehr als je zuvor werden die Universitäten Veranstaltungen einer elitären Professorenschaft sein. Wenn heute Wissenschaftsadministratoren zu dem Schluß kommen, daß man ohne Verlust an Exzellenz und verwertbarer Forschungsleistung auf 40 Prozent der gegenwärtigen Professorenschaft verzichten könne, dann kann man die aktuell mit 48.000 Stelleninhabern frequente Profession auf 20.000 Ordinarien und 10.000 Professoren-Underdogs einschmelzen, und man hat so die Elite, die den Kader bildet für eine sehr kleine, unbefristet tätige elitäre Mitarbeiterschaft in der Rolle der Faktoti dieser begnadeten Damen und Herren Ordinarii und als personeller Stabilisator für die an- und abschwellende Wanderarbeiterschaft der Drittmittelprojekte und anderer befristeter Wissenschaftsunternehmungen.

Die Stichworte des konservativen Ansatzes lauten also etwa: elitäre Akteure, kleine Kapazitäten – diese aber exzellent und profitergiebig –, Bildung als Korrelation zum Besitzstand, keine Hochschulen als ein drittes System der Volksbildung, Rückzug des Staates aus der Mittelbeschaffung, Festigung autoritärer Strukturen und Hierarchien, exklusiver Rang und privatwirtschaftliche Privilegierungen.

Die Durchsetzung dieses Konzeptes ist, obwohl massiv im Gange, noch nicht völlig gewährleistet. Wie hier nicht ausgeführt werden muß, bedarf es einer gesetzlichen Fundierung, die als Novelle zum Hochschulrahmengesetz seit langem in der Diskussion ist und jetzt in einem sehr exklusiven Zirkel als Konsens zwischen dem Rüttger-Ministerium und den Länder-Kultus-/Wissenschaftsministern entwurfsmäßig seit dem 18. August 1997 vorliegt. Wenn auch Rüttgers schnell verkündete, daß nunmehr eine Beschlußlage der Administrative gegeben sei, ergab doch eine erste Anhörung des Bildungsministeriums (am 4. u. 5. September) noch beträchtliche Defizite in den Entwürfen und die Aussicht, daß damit eine neue Runde des Kräftemessens mit den Hochschulen/der Wissenschaft und ihrer Gremien eingeleitet ist. Diese Bemerkung erfolgt mit Blick darauf, daß es sowohl im Parteienspektrum als auch im Bestand der Wissenschaft und der Hochschulen starke Kräfte gibt, die entweder das liberal-konservative Konzept als ganzes oder doch

9 Zum Diskurs und zur Kritik der liberal-konservativen Hochschulpolitik und der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vgl. u.a.:

wesentliches seiner Bestandteile nicht zu akzeptieren oder mitzutragen bereit sind.⁹

Was bietet die von den Konservativen vorgesehene Novellierung des Hochschulrahmengesetzes?

Zunächst wird der Anspruch erhoben, mit diesem Gesetzeswerk die Deutschen Hochschulen vom Typ des XXI. Jahrhunderts zu gestalten – so jedenfalls die Sprachregelung des Ministers. Die weit vorgeifende Lobpreisung der HRG-Novelle nimmt bereits eine mächtige Texteflut in den Fachzeitschriften und in Zeitungskommentaren in Anspruch. Daraus kann man die konsenten wie strittigen Zielstellungen wie folgt ableiten:

- Die übergreifende Veränderung wird sein, daß die Bundesbehörden in großem Umfange Kompetenzen der Hochschuladministration an die Länder abgeben, und daß damit sowohl der Rückzug des Staates von den Hochschulen wie deren wachsende Autonomie in Gang gesetzt werden wird.

- Mit Bafög-Unterstützung und anderen Alimentierungen sowie Großzügigkeiten bei paralleler Jobnahme und Studium soll weitgehend Schluß gemacht werden. Wer das Geld nicht hat zum ordentlichen Studieren im Takt der Regelstudienzeiten, soll es besser bleiben lassen. Man wird sich auf Studiengebühren einstellen müssen. Während die Studiengänge etwas flexibilisiert werden sollen, verschlechtert man die Bedingungen für das Teilzeitstudium, was – nach Wertung durch die GEW – bis zu 30 Prozent der Studenten betrifft.

- Um die Flut der Studienanfänger zu bändigen, sollen numerusclausus-Regelungen oder analog wirkende Einschränkungen eingeführt werden einschließlich einer eventuell das Abitur aushebelnden bzw. unterlaufenden Eignungssondierung.

- Verstärkt soll die Einstellung auf Zeit Anwendung finden – auch für Professoren –, wobei eventuelle Eingriffe in die Personalpolitik die Masse der heutigen Elite mit etwa dadurch bevorstehenden Änderungen im Beamtenrecht nicht mehr berühren werden. Aber diese heutige Elite wird damit einschneidend ihre Nachfolgerschaft bestimmen können.

- Die Fachhochschulen sollen in ihrer Rolle als akademische Anstalten aufgewertet werden, was sicher zu begrüßen ist, aber doch wohl eher periphere Krisenphänomene anspricht.

- Die Mittelzuführung soll stärker marktwirtschaftlichen Prozeduren folgen und überhaupt nach noch auszuarbeitenden Kriterien leistungsabhängig reguliert werden. Dabei soll u.a. eine weite Öffnung zum Matthäus-Prinzip stattfinden: Wer die meisten Drittmittel einwirbt, dem sollen auch die meisten Haushaltsmittel zugestanden werden. Zweifellos muß man den Spielraum erweitern, in welchem Hochschulen und Technologieentwicklung/-verwertung zusammenwirken. Allerdings kann man darin nicht ein solches Heilmittel für die Hochschulforschung sehen, wie das im liberal-konservativen Lager üblich ist. Man muß den Hochschulen rechtliche und finanzielle Mittel an die Hand geben, um einer gängelnden Praxis oder dem die Forschungsziele und -bedingungen dominierenden – und unter Umständen deformierenden – Druck der Unternehmen ausweichen zu können.

- Peer Pasternak: Die »innere Einheit« in der Wissenschaft. In: Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWI) Hrsg.: Forum Wissenschaft, Heft 1/März 1995, S. 75-77.

- Torsten Bultmann/Rolf Weitkamp: »Bildung als Privatvergnügen«. In: ebenda, Heft 3/Sept. 1996, S. 44-47.

- Dies.: »Ökonomisierung durch die Hintertür«. In: ebenda, Heft 1/Jan. 1997, S. 51-53.

- Karl-Heinz Reith: Neue Belastungen für alle. In: Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft – GEW, Heft 1/1997, S. 12f.

- Gerd Köhler: Neu beginnen nach Inventur. In: ebenda, Heft 5/1997, S. 19 -21.

- Ders.: Nachbessern! In: ebenda, Heft 10/1997, S. 32.

– Die Verteilung der Zeitbudgets auf Lehre und Forschung soll stärker flexibel gestaltet werden. Man wird also künftig Lehrdeputate, die man in dem einen Arbeitsjahr aus Gründen der Forschung zurückgestellt hat, im kommenden Jahr nacharbeiten können. Das wären noch immer sehr enge Spielräume für eine durchgreifende Modernisierung und Dynamisierung des Verhältnisses von Lehre und Forschung. Es wäre davon auszugehen – was allerdings das konservative Konzept bei weitem nicht berücksichtigt –, daß sich in diesem Verhältnis enorme Fehlentwicklungen herausgebildet haben. Lehrüberlastungen blockieren das Niveau der Forschung, und Forschungsverpflichtungen deformieren die Lehrveranstaltungen. Die eine Fachrichtung leidet mehr unter dem einen, die andere mehr unter dem anderen Effekt, oftmals aber geschieht alles gleichzeitig.

– Die Haushalte der einzelnen Hochschulen sollen globalisiert und durch die Autonomie der Hochschulverwaltung in eigene Regie genommen werden. Dazu wird von Kritikern angemerkt, daß damit nur eine Selbstverwaltung des Mangels und der Defizite organisiert wird. Der ins Auge gefaßte Rückzug von Bundes- und Länderministerien aus der Hochschuladministration (s.o.) kann deshalb nicht vorbehaltlos begrüßt und belobigt werden. Es steht auch zu fürchten, daß sich administrative Strukturen auf provinziellem Niveau herausbilden werden, die nach Einfluß drängen.

– Schließlich sind auch sehr kritische Erwägungen angebracht, wenn man in diesen Zusammenhängen einerseits für eine Verstärkung der Autorität der Rektoren und Dekane votiert, andererseits aber die Prozeduren zur Wahl der Hochschulgremien stärker durch »Öffentlichkeit« profilieren will, die man sich natürlich repräsentativ-demokratisch vorzustellen hat. In den Steuerungsstrukturen – welche das immer sein werden – sollen sich künftig in angemessener Durchmischung Politiker, Wirtschaftsgrößen und die Führungskräfte der Akademikerelite begegnen. Dort sollen dann das große controlling und die peinliche Evaluierung aller Hochschulzustände stattfinden. Die Rolle demokratischer Studentenvertretungen wird auf marginale Angelegenheiten gestutzt werden. Und das ist dann wohl auch das Fazit der Umsetzung des novellierten Rüttgerschen HRG von 1997: die Verkündung eines größeren Frei- raumes für Hochschulautonomie bei gleichzeitiger Einbettung des Wissenschafts- und Personalentwicklungsprozesses in eine straff- hierarchische Steuerung der Rahmenbedingungen.

Alles in allem werden Bedingungen dafür geschaffen, exzellente Niveaus noch exzellenter zu formen, die sie repräsentierenden Eliten noch elitärer ausprägen und durch eine stärkere Hierarchisierung der Administration und der Gremienarbeit diesen Prozeß zielstrebig in Gang zu halten. So könnte man dann das Zeitalter der Massenuniversität mit seiner – laut Kanzler Kohl – »sozialstrukturellen Schiefelage« beenden, die demokratische Öffnung der Hochschulen von 1977 zurücknehmen und die Hochschulen befähigen, sich mehr und mehr des unerwünschten, ja makelhaften Charakters eines dritten Volksbildungssystems zu entledigen.

Im Ergebnis der liberal-konservativen Hochschulpolitik hätten wir dann aber ein anderes Bildungswesen und würden folglich zu einer anderen Kulturnation, als wir sie schon waren.

Damit im Zusammenhang steht, daß man für einen solchen Verwertungsmechanismus von globalisiertem Kapital keinen Wirtschafts- und Sozialkörper mit einer intelligenten Bevölkerung von deutlich über 80 Millionen braucht. Der benötigte effiziente funktionelle Teil wird kleiner und kleiner, und je kleiner er wird, desto effizienter erscheint er.

Der »überflüssige« Teil der Nation wird größer und größer – und es wäre am Ende wirklich nicht einzusehen, wozu man 30-40 Prozent dieser tendenziell »überflüssigen« Bevölkerung mit Gymnasial- und Hochschulbildung ausstatten solle – so die Logik und Quintessenz wachsender marktwirtschaftlicher Effizienz.

Das Geschäft der Hochschulen, Bildung, Wissenschaft und Geistesleben für die ganze Gesellschaft zu gewährleisten – und zwar dies nicht etwa als eine wirtschaftliche Teilressource anzubieten, die sich monetär verwerten läßt, sondern als umfassendes, konstitutives Moment modernen Gesellschaftslebens –, kann in dieser Dimension nicht über einen marktwirtschaftlichen Mechanismus realisiert werden. Marktwirtschaftliche Zusammenhänge sind für die Hochschulen nur für jenen fragmentalen Spezialfall relevant, wo Forschungsergebnisse in die Nähe technologischer Nutzung geraten. Bildung dagegen ist sowohl ein gesellschaftliches Bedürfnis, das heute massenhaften Umfang aufweist und etwas mit dem Leben in der Moderne zu tun hat. Wissenschaft (das Phänomen der Forschung eingeschlossen) ist gleichfalls eine Konstituante moderner Gesellschaftszustände, die so umfassend und durchdringend, ja, bestimmend für eine Epoche ist, daß – diese Erkenntnis vor Augen – Ulrich v. Hutten emphatisch von seiner Zeit ausrufen konnte: »Oh, Jahrhundert, oh, Wissenschaft ...« (Brief an Pirckheimer, 1518) oder Erasmus, ebenfalls überwältigt von den neuen Dimensionen wissenschaftlichen Denkens: »Was für ein Jahrhundert sehe ich ... kommen!« (Brief an Budaeus, 1517). Mit Sicherheit dachten beide nicht daran, daß es nun exzessiv ans Verdienen geht.

Wir wollen dabei ferner an einen engen Zusammenhang von professioneller Wissenschaft in Labor und Studierzimmer und Geistesleben in der Weite einer großen Öffentlichkeit denken und uns die Hochschulen nicht zurückgeschnitten vorstellen als das private Tun exklusiver Gelehrter, eventuell umgeben von einigen handverlesenen Vertrauten, sondern als Zentren und starke Impulsgeber für moderne Ideen, kreatives Denken, mitreißende geistige Bewegungen. Es kann doch wohl nicht dabei bleiben, daß Primitivismen wie die Boulevardpresse und ähnliche Hervorbringungen moderner Unkultur, die in allen Medien praktiziert wird, mehr Einfluß erhalten, als Wissenschaft und wissenschaftlicher Bildung zukommt. Wenn man verfolgt, wie Analphabetismus, Aberglauben, Spirituallismus, verfälschende Trivalliteratur, Unwissenheit, die Absonderungen des Paparazzi- und Revolverjournalismus, politisches Stammtischdenken, nicht zuletzt die Idiotie der rechten Gewaltszene und eine wachsende kriminelle Energie weit und breit, scheinbar unaufhaltsam ihren Einfluß auf die Bevölkerung, besonders auf die Jugend, verstärken, dann sieht man sich schon versucht, Hutten's Satz zu modifizieren: Oh, Wissenschaft, rette das kommende Jahrhundert! Und wenn sie sich so ans Werk machte, das eine

10 Torsten Bultmann:
 »Wissenschaft als ein nationales Hochleistungsprojekt«. In: Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWI) Hrsg.: Forum Wissenschaft, Heft 12/April 1997, S. 35.

Sisyphos-Arbeit werden könnte, dann wird man in Wissenschaftlerkreisen etwas frei nach Hamlet ausrufen: Die Welt ist aus den Fugen, weh uns zu denken, daß wir berufen sind, sie einzurenken. Sind wir auch gar nicht, meint Torsten Bultmann, sich gegen ein PDS-Papier wendend: Es sei eine groteske Idee, anzunehmen, das Schicksal der Menschheit hänge von der Wissenschaft, ergo von einer Professoren-Community, ab. »Sind die C4-Professoren unser letzter Rettungsanker?«, fragt er ironisch.¹⁰ Aber genau das ist es, was im Verständnis links-alternativer Optionen zu kurz zielt, wenn man für jede Zukunftsgestaltung die heutige Struktur des Wissenschaftssystems der BRD zugrunde legt und einen Wissenschaftsbegriff unterstellt, wie ihn die deutsche bürgerliche Wissenschaftselite geprägt hat. Zukunft, die ich nicht meine. Wir werden also entweder im umfassenden Sinne gesellschaftliche Moderne und ein wissenschaftliches Zeitalter haben, oder wir werden bei maximal wachsender Kapitalrendite und exorbitanter Leistungsekstase einem Zeitalter der Unkultur, der geistigen Aushöhlung und des sozialen Verfalls entgegengehen, in dem Wissenschaft zurückgeschraubt ist auf High-Tech-Inventionen und Effizienz-Generierung.

Natürlich: Wenn man die Frage so stellt, ob mit dem Wissenschaftsprogredß auch automatisch die gesellschaftlich-politischen Kräfte generiert werden, die eine Ordnung schaffen, in der Wissenschaft in den Stand gesetzt wird, die moderne Zivilisation »zu retten«, dann muß man verneinen. Doch das ist ein Thema, dem wir uns hier nicht im Nebenher widmen können.

Die Krise deutscher Hochschulen manifestiert sich heute unter dem Blick soziologischen Denkens in sehr vielen, sehr unterschiedlichen und sehr kontroversen Problem-Konglomeraten, von denen wir im folgenden zwei der gravierendsten herausheben wollen: die Bedeutung einer defizitären Ressourcen- bzw. Potentialbildung und die erodierende Wirkung ihrer paradoxen Personalstruktur.

Krisenherde: Ressourcenverfall und Potentialabbau

Zum ersten sei unser Ausgangspunkt, daß die Hochschulen nicht einfach des Resultat von Genieleistungen ihrer sie repräsentierenden Professoren sind. Also: Wenn ein Rektor behauptet – z.B. Hans-Jürgen Ewers für die Berliner TU –, daß es schon nicht mehr ganz so wichtig sei, ob man 540 Professoren beschäftige oder nur noch 320, von 15 Fachbereichen nur 8 bleiben, denn auf die wissenschaftliche Exzellenz käme es an, und diese hänge nicht ab von gigantischen Maßstäben, eher umgekehrt: je kleiner, desto feiner – dann kann man darauf nur antworten, daß es eben nicht nur auf Inseln exzellenten Forschens und Lehrens ankommt, sondern auf eine bestimmte Bestandsdichte – und diese mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Gesamtstruktur der Nation und nicht nur hinsichtlich eines genügenden Angebotes für den F&E-Bedarf des industriellen Investment.

Wenn hier betont wurde, daß es um die wirtschaftliche und die soziale Struktur gehen für welche die Hochschulkapazitäten auszuliegen sind, dann ergeben sich daraus mindestens zwei Konsequenzen-

zen: Es muß eine kritische Masse an Hochschulressourcen existieren, bezogen auf die Dimensionen und Maßverhältnisse einer modernen Gesellschaft, und es muß eine bestimmte personelle Struktur existieren, damit der angedachte Kapazitäteneffekt eintritt. Diese beiden Aspekte bilden also einen engen Zusammenhang, wobei unter praktischem Gesichtspunkt die kapazitive Frage vorangeht.

Die Kapazitäten des deutschen Hochschulwesens sind nun aber unter verschiedenen Blickwinkeln defizitär. Mindestens lassen sich drei Problemlagen abheben:

a) Sie sind defizitär mit Bezug auf die Entwicklung des bundesdeutschen Hochschulwesens seit 1977, das heißt seit Aufhebung aller Zugangsbeschränkungen für Studierwillige. Mit dem Eintritt in die neunziger Jahre betrug das Mißverhältnis 900.000 grundfinanzierte Studienplätze für 1,8 Mio Studierende. Das Defizit bezogen auf die wirklich finanzierte Studienkapazität liegt also inzwischen bei horrenden 50 Prozent. Die dafür eingesetzten Kapazitäten an Hochschulmitarbeitern sind nicht in gleicher Weise defizitär, denn der Spielraum zwischen unbedingt benötigtem Personal für Lehre, Ausbildung und Betreuung und einer im Interesse der Studenten wünschenswerten Dichte ist sehr groß. Dennoch ist es natürlich nicht ohne negative Folgen, daß die Anzahl der Studenten seit 1977 auf 200 Prozent wuchs, das wissenschaftliche Personal (Festangestellte, ohne Nebenberufliche) nur auf 116 Prozent.

Seit Beginn der großen Sparorgien des Fiskus wird, anstatt diese Mißverhältnisse durch Ausbau von Studienplätzen zu verringern, umgekehrt verfahren und die Anzahl der Studienplätze verringert. Die drei Berliner Universitäten befinden sich u.a. deshalb weitgehend in einem Planungsdesaster, weil die Reduzierung der Studienplätze von 110.000 für ca. 150.000 real existierende Studenten auf 80.000 sicher schien, nun aber Pläne des Senats ruchbar wurden, daß man haushaltbedingt sogar auf 65.000 werde zurückgehen müssen.

b) Für den wissenschaftlichen Bestand der Hochschulen fast erster noch muß das Defizit betrachtet werden, das die Kapazitäten der Hochschulforschung betrifft.

Obgleich zwischen 1990 und 1995 das F&E-Budget der Hochschulen nominell etwas gewachsen war (in Relation zum Preisauftrieb dürfte es aber stagnieren), während der Staatssektor, die AUF und die industrielle F&E ihre Aufwendungen nicht unbedeutend reduziert haben, betrug 1995 das Budget der Hochschul-F&E je Vollzeitkraft 209.000 DM, in der Wirtschaft dagegen 381.000 DM und im Staatssektor/AUF 330.500 DM. Die (Unter)Finanzierung der Hochschulen beträgt also 55 bzw. 63 Prozent (vgl. BBF 1996, Tab. S. 590).

Das ist aber nur die Relation zwischen den Vollzeit-Äquivalenten des Personals. Die Hochschulforschung wird jedoch real von natürlichen Personen ausgeführt, und diesen nutzt es wenig, wenn sie die Rechnung aufmachen müssen, daß sie ihre vom Fiskus errechnete Summe je VZÄq. durch drei oder einen anderen Dividenden teilen müssen, um zu ihrer faktisch verwendbaren Summe zu kommen. Je reale Person gerechnet, betrug 1995 der F&E-Etat nur 102.600 DM, das sind zur Wirtschaft bzw. zum Staatssektor/AUF 27 Prozent bzw. 31 Prozent.

Zu diesen monetären Defiziten, die starke desorganisierende Wirkungen auf Quantität und Qualität der Forschung ausüben, kommen strukturelle Defizite hinzu. Zu einem nicht geringen Prozentsatz werden wegen der Überlast bei den festangestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern die knappen (Forschungs-)Drittmittelkräfte auch für Lehre und Studenten- bzw. Diplomandenbetreuung eingesetzt. Die Hochschulforschung muß also nicht nur einen geringeren Etat kompensieren, sie muß auch noch mit einem Abzug der von den Forschungsmitteln bezahlten Arbeitsleistung zurechtkommen. Nachteilig ist auch, daß die für die Projekte essentiellen Drittmittelkräfte nur befristet – oft sehr kurz befristet – tätig sind, also ständig Zeit und Kräfte aufgewandt werden müssen, um neue Mitarbeiter einzuarbeiten.

Soziologische Befragungen haben ergeben, daß die Hochschul-lehrer eine Befristung von vier Jahren als erträglich ansehen. Projekte mit solch einem Zeithorizont sind jedoch nur selten anzutreffen. Weiterhin haben die Hochschulen nicht einen solchen Bestand an wissenschaftlich-technischen und anderen Mitarbeitern, die den Forschungs- bzw. administrativen Aufwand flankieren, wie zumeist die außeruniversitäre Forschung. Die dadurch fehlende Arbeitsteilung bzw. Arbeitsentlastung verringert nicht nur die effektiven Zeitfonds der Drittmittel- und Mittelbau-Kräfte, sondern auch den der Professoren erheblich. In soziologischen Analysen haben forschungsstarke Professoren von einer erodierenden Wirkung der strukturellen Defizite gesprochen. Mit der jetzt in Aussicht genommenen Verwaltungs- und Finanzautonomie der Hochschulen dürfte diese Art Erosion im Prozeß der Forschung und Lehre – zumindest für die Professoren – weiter sprunghaft ansteigen. Und diese werden gezwungen sein, die neue Steigerung der Überlast an bestimmte Mitarbeitergruppen weiterzugeben.

c) Eine weitere defizitäre Situation ergibt sich daraus, daß die bislang geschaffenen Potentiale und Bestände nicht nur nicht ausgebaut, diversifiziert und auf eine wachsende Leistungsfähigkeit ausgerichtet werden, sondern daß man sie aushöhlt, reduziert, sie überaltern und ihre Leistungsmöglichkeiten verfallen läßt. Wir haben an anderen Stellen dieses Beitrages dafür Fakten und Problemlagen erörtert, die hier nicht weiter vertieft werden können.

Eine geradezu perfide Praxis ist die Ausdünnung der Personalstruktur durch k.w.-Stellen. Das Streichen von Personalstellen bei Tod oder Weggang des Inhabers findet völlig asynchron zu den Lehrverpflichtungen bzw. zur Entwicklung der Forschungsprojekte statt. So wird heute schon mit völliger Selbstverständlichkeit von der Unterbesetzung der Institute und Fachbereiche gesprochen – z.B. von Michael Wolff von der »Virtual College« Initiative der TU Berlin, der wie nebenher sagt, daß die Entwicklung neuer, modernerer Lehrereinheiten kaum noch möglich ist, weil durch den andauernden Einstellungsstop manche Fachbereiche mit 50 Prozent des erforderlichen wissenschaftlichen Personals auskommen müssen (vgl. »Neues Deutschland« vom 9.9.1997).

Der Abbau der Professorenschaft, der ja jetzt erst richtig anfängt und im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Generationswechsel die Chance hat, immer neue Größenordnungen anzuneh-

men, ist ja nicht nur ein Verlust von einer Kraft je unbesetzter Stelle. Mit jedem fehlenden Professor wird auch das wissenschaftliche Potential abgesenkt, das der Mittelbau und die Drittmittelkräfte darstellen. Die Humboldt-Universität soll 83 Professorenstellen streichen, einige Bereiche ganz schließen, aber auch, nach den Worten ihres Präsidenten, Eingriffe in gut funktionierende Bereiche vornehmen. All das und die vorgesehenen Kürzungen um 380 Mio DM könnten zum Zusammenbruch von Forschung und Lehre führen. »Die Universität ist natürlich tot, wenn vier Jahre lang keine (personelle) Erneuerung mehr stattfindet« (Hans Mayer zu Torsten Harmsen, »Berliner Zeitung« vom 20.3.1997).

Zur Lage im Osten

Nachdem es über Jahre dazu ausgreifende Untersuchungen gegeben hat, ist es nicht nötig, diese hier weiter zu explizieren. Nur soviel: Die gegenwärtigen Führungskräfte haben mit wenigen Ausnahmen ihre Karrieren in westdeutschen Ländern begonnen, ein nicht geringer Prozentsatz von ihnen gehörte zum großen Personenkreis »in Lauerstellung« oder entspröß der dritten Reihe. Aber alles in allem ist wohl der Eindruck gerechtfertigt, daß es gelungen ist, den altbundesdeutschen Hochschulstandard in die ostdeutschen Hochschulen zu implantieren. Was immer das im Guten wie im Schlechten bedeutet: Es hat zahlreiche produktive Neuanfänge gegeben, die heute zu beachtlichen Ergebnissen ausgewachsen sind oder, Vorhandenes fortsetzend, über den früheren Stand hinausführten. Fraglos: Ein neues Hochschulwesen existiert, und es wird betrieben unter dem Mitwirken eines Restbestandes von Personal ostdeutschen Ursprungs – je nach Institution und Fachrichtung zwischen 10 und 40 Prozent mächtig (oder ohnmächtig).

Nach Recherchen von Anke Burkhard und Doris Scherer¹¹ kann man die unübersichtliche Gesamtlage der sogenannten Personalenerneuerung in stark gerundeten Eckziffern wie folgt darstellen:

Von den 39.000 Mitarbeitern der DDR-Hochschulen 1989/90 sind 11.700 im Mittelbau verblieben; 5.000 sind auf gesplitteten und 3.000 auf Kurzzeit-Arbeitsplätzen beschäftigt; aus den Hochschulen entlassen wurden 10.000 (darunter fast alle für die Studentenbetreuung tätigen »Lehrer im Hochschuldienst«); zu Professoren (fast ausschließlich im C3-Status) berufen wurden 2.000; als Professoren übernommen (ebenfalls fast ausschließlich im C3-Status) wurden 2.300; und die Zahl der ausgeschiedenen Professoren beträgt 5.000. Aus den westdeutschen Bundesländern kamen an die ostdeutschen Hochschulen 3.000 Mitarbeiter des Mittelbaus und 4.000 Professoren. Daraus ergab sich 1995 ein Gesamtbestand von 28.500 Mitarbeitern, der Stellenbedarf nach den Strukturplänen der Länder beträgt für 1999 24.500 Mitarbeiter.

Zu den ca. 15.000, denen nach der Recherche von Burkhard/Scherer direkt gekündigt worden ist (wegen fehlender Eignung, weil politisch nicht tragbar, wegen Bedarfsmangels, wegen Auflösung der Institution), kommen also weitere 8.000 mit Tätigkeiten auf Teilzeitarbeitsplätzen oder in extrem kurzer Befristung. Mit den verbliebenen ca. 28.500 Stellen sind die Hochschulen der ostdeutschen Länder noch immer (scheinbar) überfrachtet. Der

11 Anke Burkhard/Doris Scherer: Personalbedarf an ostdeutschen Hochschulen. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin Karlshorst. Projektbericht 2 / 1995. Tabellenübersicht 6. Vgl. auch Burkhard/Scherer: »Wissenschaftliches Personal« in: Gertraude Buck-Bechler, Hans-Dieter Schaefer, Carl-Hellmut Wagemann, Hrsg.: Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung. Deutscher Studien Verlag Weinheim 1997, S. 319. Die Autorinnen geben dort an: Stellen: 24.500, darunter (1994) 7.464 Professorenstellen, die 1993 an Universitäten und Kunsthochschulen »erst knapp (zu) 40 Prozent besetzt« waren. Es

wird a.a.O. auch darauf verwiesen, daß die Mittelbaustellen, teils auch die Professorenstellen, befristete Weiterführungen aus DDR-Verhältnissen waren. Vgl. S. 319, S. 323.

12 Anke Burkhard / Doris Scherer: Personalbedarf ..., a.a.O. S.19; Abbrv.: PHB = »Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin-Karls-horst« (seit 1996 in Wittenberg, der Martin-Luther-Universität eingegliedert).

Strukturplan (Stellenbedarf), den Burkhard/Scherer aus dem Komponentenmodell des Wissenschaftsrates und aus der PHB-Studienanfängerprognose 1993 errechnet haben,¹² sieht über 4.000 Stellen weniger vor. Diesen weiteren Abbau zu realisieren, macht keinen größeren rechtlichen Schwierigkeiten, weil mit der Umwandlung in Befristungen die Arbeitsrechtsverhältnisse schon 1992-1995 darauf eingestellt worden waren. Nicht unbedeutend ist der Abgang von Personal mit DDR-Karrieren durch das Überschreiten der Altersgrenzen – ein Prozeß, der jetzt, 7 Jahre nach Beginn der »Personalerneuerung«, schon bedeutende Kapazitäten erfaßt hat – und dies überproportional zur ursprünglichen Altersstruktur, da man 1991-93 mehr junge Mitarbeiter als ältere hat »gehen lassen« bzw. nicht hat »weitergeführt«. Teils waren die Jüngeren wissenschaftlich (noch) nicht so profund ausgewiesen, teils suchten sie den Ausweg aus den für sie unübersichtlichen Vorgängen der Abwicklungen durch Weggang in die private Wirtschaft oder durch Westmigration, teils wurden Ältere bevorzugt übernommen, weil sie die schwierigeren »sozialen Fälle« waren, deren »biologische Lösung« sich jedoch abzeichnete.

Hatten bis 1990 die Ostdeutschen 39.000 Chancen einer wissenschaftlichen Arbeit und Karriere an einer Hochschule, so werden es im Jahre 2000 nur noch 12.000 bis maximal 14.000 Chancen sein (ca. 33 Prozent) – wahrlich ein Verlust an kreativer Potenz je Bevölkerungseinheit von historischer Größenordnung – und mit Blick auf das dadurch veränderte geistig-kulturelle Format Tausender von Familien von sozialstruktureller Dimension!

(Zu berücksichtigen ist ja noch das fast spurlose Verschwinden von 11.000 Dozenten und Lehrern der 261 Fachschulen der DDR sowie zahlloser anderer Arbeitsplätze in Wissenschafts- und F&E-Institutionen!)

Die technischen Forschungsbedingungen an den ostdeutschen Hochschulen wurden mit Ausrüstungen westlichen Standards erheblich aufgebessert, allerdings setzen sich noch immer Erschwernisse fort, die aus den respektiven Defiziten der DDR-Hochschulen resultieren. Die rezessiven Vorgänge im gesamten deutschen Hochschulbetrieb werden dazu beitragen, daß alte Unzulänglichkeiten überdauern und sich mit den Ungereimtheiten der überstürzten Neugründungen und Neuanfänge vermengen.

Insgesamt: Die Bestandsdichte an Potential und Kapazitäten in der Forschung wie in der Lehre, liegt – je Bevölkerungsmillion gerechnet – bedeutend unter dem Durchschnittsmaß der westdeutschen Länder. Die Professorenschaft erreicht kapazitiv etwa 80 Prozent, die anderen Personalgruppen liegen zwischen 40 und 60 Prozent. Der Mittelaufwand liegt zwischen 60 und 75 Prozent.

Möglicherweise hat jedoch die Grundlagenforschung davon beträchtlich profitiert, daß die Industrie-Kooperationen und andere Anwender-Opportunities viel geringer sind als in den westdeutschen Ländern und auch geringer als früher in der DDR. Sofern man nicht in solche Verbindungen eintreten kann – was häufig bedeutet, daß es nicht gelang, den kleinen privaten F&E-Anbietern die Abnehmer wegzunehmen –, zieht man sich auf hochschulgerechte Thematiken und Forschungsprozeduren zurück, macht

also disziplin-interne oder grundlagenorientierte Arbeit. Soweit so gut – und sehr gut.

Wenn man an ein Gesamturteil denkt, so läßt sich das alles etwa so erfassen: Zusammen mit der oben erwähnten Rücknahme der Ausbildungskapazitäten gilt auch für die Forschung: klein, aber fein – und im Verlauf des weiteren Abbaus von Potentialen: noch kleiner und noch feiner. Da ohnehin für die Hochschulen gilt, daß sie dem Typus der »little science« (de Solla Price) zugehören, bedeutet der weitergehende Personal- und Mittelabbau jedoch mehr und mehr ein Umkippen in eine Strukturform, die immer stärker nach dem alten Prinzip »ein Mann – ein Thema« funktioniert – mit Blick auf die vorherrschende Ordinarienstruktur sogar: »ein Mann, seine Faktoti, sein Lieblingsthema«. Das wäre der Trend. Die Hochschulen als das splendide Reservoir zur Selbstverwirklichung einer kleinen Elite. Je nach Umfang der mobilisierten Drittmittel kann man sich wenigstens damit dem zwergenhaften Charakter der Forschung entgegenstellen. Wo sich Trend und Gegentrend künftig begegnen, bleibt jedoch offen. Allzu große Illusionen sind angesichts der Lage der industriellen F&E im Osten und der Misere der öffentlichen Haushalte dabei allerdings nicht angebracht.

Was immer man an neuen Qualitäten geltend macht: Der Umfang des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes, den es hier zu DDR-Zeiten gab, ist weit unterschritten. Der Osten Deutschlands ist die weltgrößte Brache wissenschaftlicher Talente und Qualifikationen. Mit Blick auf künftige Dimensionen elitärer Ministerstrukturen könnte man auch sagen: eine Region mit einem bereits fortgeschrittenen Entwicklungszustand. Deren Gegenwart dürfte, in ceteris paribus, die Zukunft der anderen vorwegnehmen. Anfänge gibt es schon. Die als Wissenschaftlerin mit ostdeutschem Karrierehintergrund mit flächendeckender Abwicklung von Institutionen erfahrene gegenwärtige Präsidentin des Wissenschaftsrats, Dagmar Schipanski, hat schon angekündigt, daß, Abwicklung, Einschmelzen und vorsichtige Neugründung von Institutionen nach den »Osterfahrungen« effizienter sind als die teure und qualvolle Umwälzung der bestehenden, verkrusteten Strukturen.¹³ Man kann diese und noch andere Menetekel vorzeigen – in einem würde die praktizierte konservative Wissenschaftspolitik Recht behalten: Immer wären eindrucksvolle, exzellente Projekte zu präsentieren, Alibis für Erfolge der Erneuerung nach den Gesetzen der Miniaturisierung – auch dann noch, wenn die Wissenschaftskapazität des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Dimensionen Islands erreicht hätte.

In den Jahren, als die ostdeutschen Hochschulen erneuert wurden – erinnerlich sollte sein, mit welch einem emphatischen Anspruch auf den Beginn einer neuen Epoche dies in Szene gesetzt war! –, wurde die Zielmarke aufgestellt, den ostdeutschen Jugendlichen in Umfang und Qualität die gleichen Studienmöglichkeiten einzuräumen, wie sie in den westdeutschen Ländern sich entwickelt haben. Man konnte sich nicht genug tun, an die skandalösen Zustände zu erinnern, daß es zu DDR-Zeiten nur 130.000-140.000 an Hochschulen Studierende gab, wobei die berufsperspektivisch wie wissenschaftlich exzellente Ausbildungsleistung der 261 Fachschulen der DDR einfach ignoriert wurde, die weitere 150.000-160.000

13 Die Präsidentin des Wissenschaftsrates, Prof. Dagmar Schipanski, auf der zentralen Festveranstaltung der Hochschulen zum Tag der Offenen Tür in Jena »Forschung als Innovationsfaktor in den neuen Bundesländern. Pressemitteilung (ND) vom 6.10. 1997. Vgl. auch die Darstellung des Präsidenten der Humboldt Universität, Hans Meyer, über das nur durch rigore Schließungen von Fachrichtungen erreichbare Ziel des Berliner Senats« ... »den Gegenwert einer ganzen, und zwar sehr

großen Universität zu sparen, aber drei Universitäten zu behalten.« In: ders.: die Universität und der Staat. In: hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland, Leipzig, Heft 2/1997, S. 173.

Studierende hatten, was zusammen eine Frequenz von 280.000-300.000 ergab.

Nun waren für Ende der neunziger Jahre als Ausbildungsfrequenzen in den ostdeutschen Ländern stolze 235.000 Studienplätze errechnet und planerisch in Aussicht genommen worden, was zusammen mit einigen Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen Fachschulen etwa auf die tristen DDR-Frequenzen hinausgelaufen wäre. Aber es ist nicht gelungen, eine Studentenschaft in diesem Umfange zu mobilisieren – sie beläuft sich zur Zeit etwa auf 160.000. Die aktuellen Frequenzen höherer wissenschaftlicher und Berufsausbildung liegen also beträchtlich unter dem DDR-Niveau. Die Maßstäbe des Bundeslandes Hessen, konkordant auf die Hochschulen der ostdeutschen Länder und Ostberlin übertragen, hätten jedoch 400.000 Studierende erfordert. Jetzt mehren sich die Nachrichten, daß an diesen eher bescheidenen Planungen (235.000) starke Abstriche vorgesehen sind, die sie auf etwas mehr oder weniger als 60 Prozent herunterfahren.

Gegenüberstellung: Konturen eines alternativen oder links-progressiven Konzeptes

Die Kennwerte des liberal-konservativen Konzeptes haben wir oben erörtert und in Falle der Neugestaltung der ostdeutschen Hochschulen auch schon exemplifiziert.

Ein in den Diskurs eingebrachtes, dem entgegengesetztes alternatives oder auch links-progressives Konzept kann in Stichworten so charakterisiert werden: differenzierte Personalstruktur auf der Grundlage von Wissenschaft und Forschung als unbefristete Berufstätigkeit, hohe Bestandsdichte je Bevölkerungsmillion nach den Maßverhältnissen einer modernen Sozialstruktur, exzellente Resultate nach den Kriterien internationalen Wissenschaftsfortschritts, führende Rolle der Grundlagenforschung, jedoch effiziente (von Wirtschaftsunternehmen bezahlte) angewandte Forschung durch ein hohes Niveau von Kooperation und Verflechtung. Recht auf Hochschulbildung unabhängig von Besitzständen, Ausbildungskapazitäten und Zulassungsprozeduren nach dem Maß der Begabung und dem Bildungsbedürfnis der jungen Generation, ausreichende Grundmittelversorgung und nach der Leistung differenzierte Drittmittelversorgung durch die öffentliche Hand, demokratische Prozeduren der Hochschulleitung und der Tätigkeit wissenschaftlicher Gremien. Statt Exklusivität: breite öffentliche Referenz, hohe Koevolutionleistung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Moderne.

Dieses alternative Konzept hat, wie hier leicht nachzuvollziehen, eine komplexere Funktionalität, eine höher integrierte Zuordnung der Hochschulen in das Wissenschafts- und Innovationssystem im Speziellen und in die allgemeine Produktion und Reproduktion des materiellen und geistigen Lebens der Gesellschaft zur Voraussetzung, als die gegenwärtige und die künftige liberal-konservative.

Die Universitäten und Hochschulen sind heute mehr oder weniger deformiert durch die systemische Einpassung der Wissenschaft in die herrschende Logik der Ressourcen-Verwertungs-Effizienz, die ihrerseits nichts ist als das Korrelat der Kapitalverwertungs-

Effizienz marktwirtschaftlich konkurrierender Akteure. Der knappe Mittelanteil bei der DFG, mit dem noch »freie« Grundlagenforschung finanziert wird, oder die hier eventuell zu nennenden Projekte der Max-Planck-Gesellschaft, heben diesen Zusammenhang nicht auf, sie sind in Relation dazu nur spezifische Ausprägungen. Um die Universitäten und Hochschulen zu reformieren, müssen all diese Grenzen wissenschaftlichen Handelns überschritten werden.

Natürlich kommen auch Reformideen um die Frage der Bezahlbarkeit des Hochschulwesens nicht herum. Noch mehr: Da ein wesentlicher Bestandteil der Universitätskrise durch ihre kapazitiven und ressourcenseitigen Defizite bestimmt ist, wird nicht weniger gebraucht (wie jetzt viele Landesregierungen suggerieren: klein, aber fein), sondern mehr. Bedeutend mehr. Mit einem alternativen Konzept gewinnt das finanzielle und Ressourcen-Problem sogar an Schärfe. Für Wissenschaft als eine Veranstaltung einer exklusiven Elite genügt die Option: weniger Geld, aber hohe Exzellenz. Aber für Wissenschaft als eine Veranstaltung der gesamten deutschen Gesellschaft, soweit sie eine Bildungsgesellschaft ist, sind komparativ je Bevölkerungsmillion und je regionaler Ausgangslage ein 106 Mrd. DM p.a. Gesamtaufwand für das große innovative System Wissenschaft, Forschung, Hochschulwesen und industrielle F&E (WFH.F&E), die der Bundesbericht Forschung (BBF) 1996 ausweist,¹⁴ schon heute zu wenig, von der Zukunft zu schweigen. 106 Milliarden – das ist nicht die erforderliche Rückführung der Mittel, die als zuverlässiges gesamtgesellschaftliches Ertragswachstum von diesem WFH.F&E-System geschaffen (und von der Wirtschaft realisiert) wurde. Das reicht auch nicht, um jenen zusätzlichen Effizienzzuwachs zu realisieren, der bei adäquater Ressourcenausstattung vom WFH.F&E-System ausgeht und der unter anderen als den gegenwärtigen Gesamtbedingungen auch wünschenswert ist. Er ist nicht wünschenswert als das alles dominierende Endziel, aber doch als ein notwendiger Begleiteffekt der Modernisierung und Demokratisierung aller gesellschaftlichen Zustände. Natürlich ist das alles nicht exakt berechenbar und nicht verifizierbar. Es handelt sich eher um einen Black-box-Effekt zwischen effizienter Wissensverwertung und gesellschaftlicher Ressourcenverwendung, der auch Qualitatives wie z.B. wünschenswerte Zustände des Sozialkapitals (Bordieu) sowie Lebensqualität, Zukunftsfürsorge, Umweltstabilisierung, sozialen Frieden oder einen Beitrag zur internationalen Koevolution der Kulturen und Wirtschaftszonen einschließt.

Was die Hochschulen speziell betrifft, so sollen sie auf exzellente Forschung und effiziente Ausbildung festgelegt bleiben, aber nicht auf Sparkurs und Elitekonzeptionen gedrängt werden. Es geht nicht an, daß sie die Revenuen und die Selbstverwirklichung von 20.000 Genies und Wissenschaftsmandarinen im Range von Ordinarien und Dekanen bilden. Es sollen in ihren Mauern 500.000 oder einige mehr, jedenfalls das wissenschaftlich befähigte Potential der Nation, ein schöpferisches Lebenswerk vollbringen können (zur Zeit sind ohnehin knapp 400.000 an Hochschulen angestellt, aber unter welch chaotischen Teilzeit-Bedingungen!). Sie sollen von 2 Millionen junger Leute, oder einigen mehr, umgeben sein,

14 Vgl.: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (bmb+f), Hrsg. Bundesbericht Forschung 1996, Tab. VII/25, S. 580, vgl. auch S. 533.

die sich eine Wissenschaftsdisziplin und eine Berufsbefähigung aneignen. Sie sollen dabei innovative Zentren moderner, demokratischer, kreativer Lebensweise sein.

Können die Mittel dafür aufgebracht werden? Nun, 3,6 Mrd. kommen zusammen, wenn man die Studenten 1.000 DM Semestergebühren bezahlen läßt, meint Peter Glotz. Aber zum ersten, was sind 3,6 Mrd., und zum anderen, wie gründlich will man die schlechter Verdienenden noch ausgrenzen?! Es ist doch lax zu meinen, das müßte eine gute Bildung den Studenten doch wert sein. Welcher »Student« ist da gemeint? (vgl. Anne Strodtmann in Tagesspiegel, 30.5.1997).

Man kann sich aber vorstellen, daß die Politik, die für Frieden und Sicherheit zu sorgen hat, die Mittelverausgabung für die Bundeswehr einerseits und für die Hochschulen andererseits umdreht. Mit 33 Mrd., womit jetzt die Hochschulen auskommen müssen, muß die Bundeswehr auskommen können, denn auf Weltraum-Invasionen à la Independence day movies muß man sich nicht einstellen. Mit 60 Mrd. p.a. indes ist ein Hochschulwesen in einer anderen historischen Qualität möglich. Man kann ja auch so kalkulieren, daß Ausgaben für die Bundeswehr sich à fonds perdu rechnen, verdoppelte Wissenschaftsausgaben aber die Chance für einen bedeutenden finanziellen oder doch wertmäßigen Rücklauf haben und damit das Sozialprodukt in Menge und qualitativer Beschaffenheit stärken. Was allein könnte gewonnen werden, wenn man die Volksgesundheit durchgreifend anhebt, was beim Kindergarten und bei der Umweltgestaltung anfängt und bei einer die wirklichen Massenerkrankungen lindernden medizinischen Forschung noch längst nicht aufhört. Um auch den Wirtschaftssektor anzusprechen: Nicht nur der Zuwachs an Hochqualifizierten (und nachfolgend allgemeine Niveausteigerungen in der Berufsausbildung) wird sich als innovationssteigernd erweisen, auch die Wirtschaftswissenschaften und andere produktionsnahe Disziplinen werden dazu stärker beitragen, wenn man sie dazu befähigt. Es ist bekannt, daß viele innovative Effekte ausbleiben bzw. verlorengehen, weil es ein unternehmerisches Fehlverhalten gibt. Deutschland hat bekanntlich die teuersten, aber nicht unbedingt überall die kompetentesten Unternehmer und Manager der Welt. Der Autor weiß, daß diese Visionen heute nicht politikfähig sind. Aber das spricht, sollte man meinen, gegen die heutige politische Klasse, nicht gegen den Autor.

Eine wirklich Hohe Schule einer dem menschlichen Fortschreiten verpflichteten demokratischen Gesellschaft sollen die deutschen Universitäten sein. Intellektuell, kultiviert, wissend, tolerant, effizient. Nicht aber eine überfüllte, hektische Manufaktur, in der Tausende, von einer neurotischen Leistungs-Askese beherrscht, von Befristungen und Existenzängsten einerseits, von elitärem Größenwahn andererseits angetrieben, von Projektfragment zu Projektfragment hasten, um Ideensplitter beamteter Genies verwertbar oder wenigstens publizierbar zu machen. Eine große nationale, integrative Mobilisierung von Kreativität, Wissen, Kultur – das müssen die Universitäten leisten, nicht als Selbstverwirklichung einer Elite, sondern als verbreitete Normalität und in größter Vielfalt; tätig in einer offenen Gesellschaft – offen für alle. Die

Herausbildung und das Wirksammachen von Eliten kann dann daran angeschlossen, inbegriffen, ausdifferenziert werden, denn in der Wissenschaft unterscheiden sich die Geister, findet keine stumpfsinnige und auch keine sozial wünschenswerte Egalisierung statt. Aber die Evolution der Talente ist etwas anderes als das konservative Konzept der Ausgrenzung nach dem Format des Geldbeutels, mit dem sich die Betuchten ja u.a. auch die Konkurrenz der Hochbegabten aus anderen sozialen Schichten vom Leibe halten wollen.

In der wissenschaftlichen Arbeit soll, bei der Suche nach Wahrheit und nach den Formen neuen Denkens, nach demokratischem Konsens und nicht nach dominanten Anschauungen gestrebt werden. 50 Prozent des Universitätsvolkes sollen Frauen sein.

An den Hochschulen sollen keine Reichtümer zu erwerben sein, ihre Beschäftigten sollen einen angemessenen, aber maßvollen Lebenszuschritt verwirklichen. Uneigennütziges Strebsamkeit, Gemeinschaftsgeist, Öffentlichkeit und Intersubjektivität sollen wirksam gefördert werden. Über die demokratisch-moralische Qualität der wissenschaftlich Tätigen können angesehene Ethik- und Ehrenkommissionen befinden.

Es ist kein falscher Ehrgeiz, sondern zugleich die Logik des Kalenders und die großer Trendwenden im deterministischen Chaos der Welt, daß wir gehalten sind, das Format der Hochschule für das XXI. Jahrhundert zu finden. Werden wir den Mut haben, wie Ulrich von Hutten mit Überzeugung auszurufen: »Oh Jahrhundert der Wissenschaft« ? Wir können nicht gewiß sein, aber wir können den Mut haben und wir können es wollen. In dem oben schon erwähnten publizistischen Zusammenhang schreibt Torsten Bultmann: »Grauenhafte Vorstellung: Die moderne Gesellschaft muß also, will sie in Betrieb bleiben, ständig bei der ›Wissenschaft‹ tanken gehen?«¹⁵ Aber zu fragen ist doch: Was sonst wäre die moderne Gesellschaft des XXI. Jahrhunderts, wenn sie keine High-Tech- und Informationsbasis hätte? Wenn dies nicht ihre bestimmende Produktionsweise wäre – eine ausgewachsene Handwerker-Commune, ein Konglomerat der Leidenschaftsserien des Charles Fourier? Und was wäre eine solche Moderne mit einer solchen Existenzbasis, wenn sie keine Gesellschaft wäre auf umfassender wissenschaftlicher Grundlage? Also doch: Huttens »Oh, Jahrhundert, oh, Wissenschaft.«

15 Torsten Bultmann: Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt, ebenda, S. 36.